

Stettiner Zeitung.

N. 244

Abendblatt. Montag den 27. Mai.

1867.

Deutschland.

Berlin, 26. Mai. Die in Aussicht stehende Verhandlung des Abgeordnetenhauses über die Oberg'sche Angelegenheit beschäftigt die politische Welt in weit höherem Grade als die Frage selbst bei unbefangener Betrachtung es mit sich bringt. Nach Beilegung der Differenz wird man kaum begreifen können, wie die liberale Partei über diese einfache Versetzung eines Richters in so gewaltige Aufregung gerathen und zu so extremen Mitteln schreiten konnte, da doch nachweislich zahlreiche Präcedenzfälle vorliegen, welche nicht nur keinen Widerspruch, sondern selbst den Beifall der Liberalen als eine liberale Maßregel gesunden haben. Unter ganz gleichen Verhältnissen wie Oberg sind früher hohenzollern'sche, später schleswig-holsteinische Richter nach Preußen versetzt worden, warum hat man denn in diesen Fällen keine verfassungswidrige Uebergriffe gefunden? Warum hat, wie ein Jurist in der „Kreuz-Zeitung“ hervorhebt, die liberale Partei im Jahre 1860 den Art. 90 der Verfassung und §. 37 der Verordnung vom 2. Januar 1849 bei der Versetzung eines hohenzollern'schen Justizbeamten nicht zur Geltung gebracht, sondern damals das strikte Gegentheil behauptet? Jedenfalls beweisen doch diese Widersprüche in Ausfassung der ganz analogen Fälle, daß in dieser Frage der Rechtspunkt zweifelhaft ist, und es sich um verschiedene Auffassung handelt, deren Bedeutung zu dem gewöltigen Auswand von liberaler Entrüstung nicht in richtigem Verhältniß steht. Die Zweifelhaftigkeit des Rechtspunktes gab selbstverständlich für die Berücksichtigung der politischen Gesichtspunkte freieren Raum, und wenn die liberalen Abgeordneten in dieser Frage sich nicht vorzugsweise von subjektiven Rücksichten und Regungen leiten ließen, so würde ganz unzweifelhaft gerade von liberalen Standpunkten aus das Bestreben des Justizministers, die Neste des Partikularismus in der Justizverwaltung zu beseitigen, unterstützt werden müssen. Ist es nicht ein eckanter Widerspruch, daß eine Partei, die sich die nationale nennt, die ihren Reden nach kein Opfer für die Realisierung deutscher Einheit zu groß findet; daß dieselbe Partei die Justizverwaltung eines einzigen Staates nicht zur einheitlichen Organisation kommen lassen will? Jedes früher und im Reichstag für die deutsche Einheit und gegen den Partikularismus gesprochene Wort ist eine Ironie, wenn dieselben Redner für jede Provinz eines Staates einem besonderen Richterstand etablieren oder erhalten wollten! Der Vorwand oder die Entschuldigung persönlichen Misstrauens gegen den Chef der Justizverwaltung kann auf keinen Fall den in der Sache liegenden Widerspruch lösen. Aus dem Schoße der Altliberalen ist ein Antrag zu erwarten, der hoffentlich diese Verhöhnung der deutschen Einheitsstendenzen, welche in der Trennung der Justizverwaltung Preußens nach den einzelnen Provinzen ausgesprochen ist, beseitigen wird. Der Antrag der Altliberalen von gleichem Rechtsstandpunkte wie der Ahmann'sche ausgehend, wird jedoch für den einzelnen Fall aus politischen Erwägungen Indemnität vorschlagen und mit einer Beschränkung bezüglich der Befreiung der Ober-Tribunalstellen, den früher von der Regierung eingebrochenen Gesetzentwurf wieder aufnehmen. Hoffentlich wird die Mehrheit des Hauses nicht verkennen, daß es der preußischen Volksvertretung nicht zum Ruhm gereicht, wenn gerade durch sie der Partikularismus in dem Institut gesonderte Richterstände für jede einzelne Provinz neue Stühlen erhält, während die Regierung ihre Befreiung erstrebt. Daß das Stimmenverhältniß bei der zweiten Lesung der Reichsverfassung durch den Oberg'schen Zwist wesentlich Änderung erleiden werde, findet hier nirgends Glauben! Troch der Drohung der „Berl. Börs-Z.“ hält man eine solche Verweichung der Begriffe und Vermischung der Gegenstände nicht für möglich. — Man nimmt an, daß die Reise des Königs nach Paris am 14. Juni, nicht Mitte Juli, wie von Paris aus gemeldt wurde, erfolgen werde. Eine Änderung dieser Disposition ist natürlich immer noch leicht möglich. — Die früheren hannoverschen Höfen hatten niedrigere Schiffahrtsabgaben als die preußischen. Die Regierung hat daran Anstoß genommen, durch Heraufsetzung dieser Abgaben auch in den Höfen der alten Landestheile mit Einschluß der etwaigen, von den betreffenden Communen zu erhebenden, volle Gleichmäßigkeit herzustellen.

Berlin, 26. Mai. Prinz Oscar von Schweden ist hier incognito als Graf Rosenthal anwesend und bei dem schwedischen Gesandten, Herrn v. Sandström, abgestiegen. Se. Maj. der König hat ihn gestern früh zuerst besucht, worauf der Prinz am Mittage von dem Könige empfangen wurde und später an dem Diner Theil nahm, welches Se. Majestät zu Ehren des Geburtstages der Königin Victoria gab.

Der Abgeordnete Staatsanwalt Hauschild (altliberal) wird einen Vermittelungsvorschlag in der Oberg'schen Angelegenheit einbringen und soll der Antrag morgen, nach Forderungs Rückkehr, vertheilt werden. Die Unterstützung desselben von Seiten der Altliberalen und Konservativen ist wahrscheinlich.

Der Ministerpräsident Graf Bismarck hat dem Alt-Schönberg Nr. 5 wohnhaften, im vorjährigen Kriege durch einen Flintenschuß des Lichtes beider Augen beraubten Invaliden Trenk eine lebenslängliche Pension von 100 Thalern jährlich ausgesetzt, welche auch nach dem etwaigen früheren Tode des Grafen durch eine Eintragung auf die Revenüen seines Gutes Schönhausen sicher gestellt ist.

Dem Vernehmen nach sind in den letzten Tagen zwischen Berlin und Paris Erklärungen ausgetauscht, welche die zwischen den beiden Regierungen bestehenden Beziehungen in bezeichnender Weise illustrieren. Es hatte das Berliner Kabinett in Paris seine Bereitschaft zu erkennen gegeben, trotzdem die Londoner Konferenz von der Festsetzung eines terminus ad quem für die Rückzug Luxemburgs abgesehen, mit Frankreich einen solchen Termin bindend zu vereinbaren. Die Antwort lautete, wie der „B. und

H.-Z.“ versichert wird, daß das französische Kabinett in die bona fides, mit welcher Preußen den übernommenen Verpflichtungen nachkommen werde, ein so vollständiges Vertrauen seze, daß es nicht das Bedürfnis fühle, durch irgend welche Vereinbarungen noch weitere Bürgschaften für deren treue Erfüllung zu gewinnen.

Unter dem 16. Mai d. J. ist folgender Allerhöchster Gnaden-Erlaß ergangen: „Ich will in Beifolg Meiner Ammisse-Direkt vom 20. September vorigen Jahres und 26. Februar d. J. allen Militärschuldtigen aus den Meinen Staaten neu einverleibten, vormals fremdherzlichen Landesteilen und Gebieten, welche vor dem 20. September v. J. ohne Erlaubniß der zuständigen Behörde das Land verlassen und sich der ihnen obliegenden Militärschuldt dadurch entzogen haben, wenn dieselben sich binnen sechs Monaten, vom heutigen Tage an gerechnet, bei einer preußischen Militärs oder Civilbehörde des Inlandes melden, vollständigen Pardon erteilen und die etwa in contumaciam gegen sie ergangenen Erkenntnisse, soweit dieselben noch nicht vollstreckt sind — vorbehaltlich jedoch derjenigen Rechte, welche für dritte Personen hinsichtlich einer ihnen gebührenden Entschädigung daraus etwa bereits entstanden sind — in ihren Folgen aufheben.“

Nach einer uns heute zugegangenen Nachricht soll zwischen der preußischen Krone und dem früheren König von Hannover eine Einigung über die dem Letzteren zu bewilligende Apanage getroffen sein. Es heißt, daß König Georg ein Vermögen von nicht weniger als 16 Millionen Thalern zugestanden sein soll, wogegen derselbe anerkannt hätte, daß die nach London entsührten Gelder nach seinem Tode an Preußen fallen. Dem Kronprinzen ist nach dieser Angabe gleichfalls eine bedeutende Revenue zuertheilt, und es soll ferner von preußischer Seite ausgesprochen werden sein, daß die Königin Marie nicht anders als freiwillig die Marienburg zu verlassen habe. (Wir geben diese Mittheilungen, wenglich sie uns von vertrauenswürdiger Seite zugegangen, ohne Gewähr. Sollten sie sich bestätigen, so scheint uns das billige Maß der Großmuth von preußischer Seite denn doch um ein Eckstück überstiegen zu sein. D. Ned. der B. B.-Z.)

Der „K. Ztg.“ wird von hier geschrieben: Es wird Sie interessiren, von authentischer Seite zu erfahren, daß die preußische Regierung endlich aus dem Zustande der Unthätigkeit herausgetreten ist, die sie bisher dem Artikel V. des Prager Friedens gegenüber innegehalten. Vor ungefähr 16 Tagen begab sich nämlich der preußische Gesandte in Kopenhagen, Herr v. Heydebrand, zum dänischen Minister-Präsidenten, Grafen Frijs-Frijsenborg, um diesem die amtliche Mittheilung zu machen, daß Preußen in einem zu Prag mit Österreich abgeschlossenen Friedensvertrage einen Artikel V. unterzeichnet habe, welcher von Acession eines Theils von Nordschleswig handle. Es komme dem preußischen Gouvernement, fuhr Herr v. Heydebrand fort, nun sehr viel darauf an, zu erfahren, wie das Kopenhagener Kabinett diesen Artikel V. des Prager Friedens auffasse und definire. Diese Erklärung ist auch vom Grafen Frijs-Frijsenborg gegeben und darauf nach Berlin berichtet worden, ohne daß ich jedoch im Stande wäre, mich über ihre Natur weiter zu verbreiten. In jener Zeit war freilich der glückliche Ausgang der Londoner Konferenz noch nicht gesichert.

Der Londoner Reform-Ztg. ist folgendes Schreiben des Grafen Bismarck zugegangen: „Berlin, 17. Mai. Meine Herren! Ich habe die Ehre, den Empfang einer Resolution zu bestätigen, die auf einem Meeting der hauptstädtischen Delegirten für Gewerk-, Begründungs-, Mäßigkeit- und andere Vereine, sowie für 100 Londoner Zweigvereine der Reformliga gefaßt worden war, dem Volke Norddeutschlands Glück wünscht zu der Erzielung seiner vollständigen Vertretung bei geheimer Abstimmung und sich über meine Haltung bei dem Entwurf und der Vertheidigung dieser Reform sehr freundlich auspricht. Es freut mich, daß das Entstehen des nun geschlossenen Reichstages und die Berathungen dieser wirksamen und patriotischen Körperschaft so große Theilnahme in einem Lande erwecken, dessen Geschichte und Institutionen für continentale Politiker von jeder höchst interessanten Stoff zum Forschen und Denken abgegeben haben und fernerhin abgeben werden. Möge die Zeit nicht ferne sein, in der alle Nationen Europas ihre Aufmerksamkeit einander zu seinem anderen Zwecke zuwenden, als mit einander im Regieren und in den Künsten des Friedens zu wetteifern. Statten Sie gefälligst den Mitgliedern der Versammlung meinen aufrichtigen Dank für ihre schmeichelhafte Anerkennung dessen aus, was ich im Dienste meines Königs und Vaterlandes, entsprechend dem individuellen Charakter der gesellschaftlichen Zustände und politischen Institutionen Deutschlands gethan habe. Ich bin, meine Herren, Ihr gehorsamer Diener Bismarck.“

Von der national-liberalen Partei des Abgeordnetenhauses wird die Gründung einer lithographierten Korrespondenz beabsichtigt, welche sowohl Nachrichten als Leitartikel bringen soll, um den fließeren Provinzialblättern guten Stoff zu liefern und sie nicht, wie bisher, den feudalen- oder radikalen Unternehmungen dieser Art, aus denen sie jetzt ihre Spalten füllen, allein zu überlassen. Diese Korrespondenz soll drei Mal wöchentlich und für ein möglichst billiges Abonnement abgeschlossen werden. Einige Mitglieder der Partei haben ein Circular erlassen, in welchem sie zur Zeichnung von Beiträgen auffordern, um das Unternehmen zu sichern.

Die schon erwähnte Petition von Berliner Studenten um Aufhebung der akademischen Gerichtsbarkeit ist dem Abgeordnetenhaus übergeben worden.

Die nicht ganz leichten Fragen der Regelung des Verhältnisses zwischen dem norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten drängen sich für die Staatsmänner diesseit wie jenseit der Mainlinie immer näher heran und fordern baldige Lösung. Der Zollverein kann in seiner bisherigen Verfassung nicht bestehen. Die einheitliche Zollgesetzgebung des norddeutschen Bun-

des macht die Fortdauer eines Beto's für die süddeutschen Einzelstaaten unmöglich. Dies ist die erste Schwierigkeit, die gelöst werden muß. Und die Lösung drängt, denn schon dem nächsten norddeutschen Parlamente werden wahrscheinlich wichtige Steuer- und Tarif-Gesetze vorgelegt werden müssen. Beim Erhöhung der Steuererträge zur Verminderung der nötigen Matrizableit. Die zweite Schwierigkeit betrifft die Revenuen-Verteilung. Soll bezüglich derselben der norddeutsche Bunde auf Präticien nicht nur für den Steuerverein und Frankfurt, sondern auch für Holstein und Münsterburg und die Hansestädte verzichten, dann würden die Gründe dafür allein aus den Verhältnissen des Schutz- und Trupp'bündnisses und den stark gestiegenen Armeekosten entnommen werden können. In der That haben wir ja bereits neben den früheren Sendungen von Zollvereins-Bevollmächtigten jetzt auch die gegenwärtige Bestellung von Militär-Bevollmächtigten. Aus diesen Anfängen soll sich ein umfassendes geordnetes Verhältniß entwickeln, aus welchem später die Verschmelzung von Nord und Süd hervor gehen kann.

Hamburg, 24. Mai. Die seit zwei Tagen cirkulirenden Gerüchte von der Verhaftung eines hier in der Kaufmännischen Ausbildung begriffenen ehemaligen hannoverschen Premierlieutenants erlangen durch eine Notiz der heutigen „Reform“ ihre Bestätigung. Nach derselben ist der Betroffene „auf Anhaken anwesender höherer preußischer Polizeibeamten“ verhaftet und vorläufig nach dem bürgerlichen Gefängnisse „Winkelbaum“ abgeführt worden.

München, 24. Mai. Der „Frankf. Ztg.“ wird berichtet: Nach zuverlässiger Mittheilung ist vor kurzem von Seiten des Fürsten Hohenlohe eine Note an die übrigen süddeutschen Kabinette überwandt worden, deren wesentlicher Inhalt sich in nachfolgende Sätze zusammenfassen läßt. Es sei unmöglich, daß der dermalige Zustand fortduere. Von einem Eintritt derselben in den norddeutschen Bunde könne vom Standpunkte der realen Politik selbstverständlich keine Rede sein. Einerseits sei das Berliner Kabinett, mit Rücksicht darauf, daß die Verwirklichung dieser Idee einen Krieg mit Frankreich zur unmittelbaren Folge haben würde, zur Zeit, wie man, auf Grund genauer Orientierung in Berlin, bestimmt zu verstehen in der Lage sei, fest entschlossen, auf eine solche Kombination nicht einzugehen; andererseits würde auch Bayern — wie der bayerische Minister ausdrücklich zu konstatiren nicht unterlassen dürfe — niemals sich zum Eintritt in jenen Bunde und damit zur Annahme einer Position, wie sie Sachsen aufgezeigt worden sei, verstehen können. Unter diesen Umständen erscheine daher als einziger praktischer Weg der, daß die süddeutschen Staaten sich zuerst unter sich über eine gemeinschaftliche Basis einigten, von welcher aus dann über die in dem Prager Frieden vorbehaltene Auflösung nationaler Beziehungen Süddeutschlands zum norddeutschen Bunde mit letzterm in Verhandlung getreten werden können. Das bayerische Kabinett gebe sich der Hoffnung hin, daß es sich in dieser auf die thatächliche Lage der Dinge gegründeten Auffassung in Übereinstimmung mit den Höfen von Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt befindet, und erteile um baldige bezügliche Rücksicht, um wenn diese, wie zu hoffen, allseitig zustimmend ausfallen, dann mit weiteren Vorschlägen hervortreten zu können.

Uusland.

Wien, 24. Mai. In Ungarn arbeitet die Regierungs-maschine drauf los. So brachte das „Magyarische Amtsblatt“ dieser Tage die Ministerialverordnung, mittels welcher die Geschworenengerichte für Presvergehen eingeführt werden. Für uns diesseits der Leitha, ist das noch immer ein pium desiderium, und doch sollte man denken, daß die deutschen und slavischen Städtebewohner an Rechtsgefühl und Intelligenz den ungarischen mindestens nicht nachstehen. Außerdem wurde durch eine weitere Verordnung das Protestantentpatent, welches unter der Schmerlingschen Regierung erlassen, für Ungarn außer Kraft gesetzt, nicht etwa, als ob dasselbe sich der protestantischen Kirche, der ja in Ungarn fast die Hälfte der Bevölkerung angehört, lästig erwiesen hätte, sondern lediglich, um dem Selbstgovernment auch in dieser Richtung vollkommen freien Spielraum zu lassen.

Paris, 23. Mai. Wenn der Kronprinz dann und wann auch Spazierfahrten von St. Cloud aus in das Boulogner Waldchen macht, so soll derselbe doch noch sehr frank sein und oft große Schmerzen haben. Kürzlich wurde Dr. Heiz aus Bayreuth, Nachfolger des Dr. Strohmeyer, zur Konsultation hierher berufen, welcher sich gar nicht günstig über den Verlauf der Krankheit des Prinzen geäußert haben soll. Der Prinz, w. lder sehr skopulös ist, bat durch den Sturz vom Pferde eine Wunde erhalten, die nach dem Auseinander des Einen jetzt anfängt, zu heilen, während Andere behaupten, es habe sich der Knochenfrak bereit eingefunden. Wie dem auch sei, das Schicksal des Prinzen ist gewiß nicht zu bilden, und sicher ist, daß Dr. Nelaton große Ruhe anempfohlen hat.

Bei einer Versammlung der national-ökonomischen Gesellschaft, der mehrere der gegenwärtig hier weilen den auswärtigen Größen beiwohnten, brachte kürzlich, wie das „Memorial diplom.“ berichtet, der Akademiker Renouard, der als Gelehrter und als Mensch einen so hohen Rang in der französischen Gesellschaft einnimmt, folgenden Toast auf den Frieden aus:

Bevor wir zu unseren gewohnten Versprechungen schreiten, sind Sie wohl mit mir einverstanden, wenn ich den in so mannigfacher Beziehung ausgezeichneten Freunden, die uns diesen Abend mit ihrer Gegenwart beehren, unser Dank ausspreche. Ich bin gewiß, den Ausdruck ihrer und unserer Gesten in dem Worte, in dem einzigen Worte zusammenzufassen, in dem Toaste auf den Frieden. Nicht in einer Versammlung, wie die unsrige ist, werde ich es unternehmen, die Segnungen des Friedens zu preisen und

